

zung und Evaluation eng zusammengearbeitet. Anschließend haben sie das Programm veröffentlicht, sodass andere Schulen davon profitieren können. Zu dem Programm wurde auch eine Fortbildung erarbeitet, die von Eltern, Tageseinrichtungen und Grundschulen übernommen wurde.

Inzwischen ist dieses Programm zur individuellen Lese-Rechtschreib-Förderung, das zu überdurchschnittlichen Lernzuwächsen führt, evaluiert. Es wird von fast allen Grundschulen der Region Gütersloh und zunehmend auch von weiterführenden Schulen genutzt. Mittlerweile ist es auch ein erfolgreicher Baustein im Zusammenhang mit der Elternzusammenarbeit an den Schulen der Stadt geworden. Außerdem gibt es – das ist ebenfalls sehr erfreulich – überregionale Anfragen. So soll es sein, meine Damen und Herren.

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Dieses beeindruckende Beispiel zeigt auch, wie Bildungsnetzwerke arbeiten können und wie Bildungsnetzwerke arbeiten werden. Ich finde Bildungsnetzwerke sinnvoll. Sie sind lebendig, zielführend und vorbildlich. Nach meiner Einschätzung können wir auch auf ihr eigenverantwortliches Tun setzen. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Redezeiten sind auch erschöpft. Damit schließe ich die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrages Drucksache 14/7458 an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung**. Dort wird die abschließende Beratung und Abstimmung in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Ist jemand dagegen? – Enthaltungen? – Dann haben wir dies einstimmig so beschlossen.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, muss ich Ihnen noch Folgendes mitteilen – daran erkennen Sie, dass dieses Präsidium immer sehr objektiv arbeitet –: Der Abgeordnete Sagel hat in der Plenarsitzung am 18. Juni 2008 zum Tagesordnungspunkt 6 einen Zwischenruf getätigt, der im Protokoll mit „Stasi-Taktik“ festgehalten wurde. Unser Präsidiumskollege Vizepräsident Keymis hat diesen Zwischenruf am nächsten Tag gerügt.

Dieser Eintrag beruht aber möglicherweise auf einem Hörfehler. Daher sind eine Korrektur im Protokoll geboten und die daraus folgende Rüge zurückzunehmen, was ich hiermit tue. Wir wollen ehrlich und gerecht sein. (Siehe dazu auch Seite 11934)

(Zuruf)

– Das will ich jetzt nicht wiedergeben.

Nun rufe ich auf:

8 Den Ankündigungen von Verkehrsminister Oliver Wittke müssen Taten folgen: Die NRW-Landesregierung darf die zum 01.01.2009 geplante Erhöhung der LKW-Maut im Bundesrat nicht blockieren!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/7454

Ich eröffne die Beratung. Für die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erhält der Abgeordnete Becker das Wort. Bitte schön.

Horst Becker (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die LKW-Maut geht auch uns in Nordrhein-Westfalen etwas an, und zwar nicht nur deswegen, weil Nordrhein-Westfalen das von LKW am meisten betroffene Bundesland ist und weil auf den Autobahnen in NRW nach wie vor die meisten Staus sind, obwohl immer wieder etwas anderes behauptet wird, sondern auch, weil natürlich aus den Mauteinnahmen Verkehrsinfrastruktur finanziert werden soll. Ein Bundesland wie Nordrhein-Westfalen mit dieser Verkehrsinfrastruktur und seinen Problemen muss an einer ordentlichen Einnahme aus der Maut interessiert sein. Ich erinnere insbesondere an den Güterfernverkehr und den Güterverkehr auf der Schiene. Wir haben ja gestern über das Thema Eiserner Rhein beraten, aber auch die Themen Betuwe-Linie und Lärmschutz an der Linie beschäftigen uns immer wieder.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ein solches Bundesland muss auch daran interessiert sein, dass eine Maut eine Steuerungswirkung zur Verdrängung der schadstoffreicheren Lkw und zur Förderung der schadstoffärmeren Lkw hat. Darüber hinaus muss dieses Bundesland natürlich auch ein Interesse daran haben, dass es für seine Verkehrsinfrastruktur ordentlich mit Finanzmitteln ausgestattet wird.

Vor dem Hintergrund, dass sich die Bundesregierung im Sommer 2007 auf der Kabinettsklausur in Meseburg dazu entschieden hat, aus all diesen Gründen die Maut zu erhöhen und dies im Juni diesen Jahres auch umgesetzt hat, und zwar genau das, was in Meseburg im Jahre 2007 beschlossen worden ist, verwundert es einen schon, dass der Verkehrsminister des Landes, der im April noch ausdrücklich gesagt hat, die Maut müsse erhöht werden und eine Steuerungswirkung bekommen, im Juni in den populistischen Chor insbesondere der Länder, die demnächst wählen, einstimmt und sagt: Maut? Schwierig. Darauf können sich die Speditionsfirmen nicht rechtzeitig einstellen. Die Maut muss später erhöht werden. Eine Spreizung für Euro 3 ist schwierig. Die wussten das nicht. Und das wird zu teuer. – Dabei fahren die meisten Lkw damit. Und was die Kosten angeht, gebe ich zu be-

Aufklärungskampagne unter der Überschrift „Lass dich nicht K.-O.-TROPFEN“ gestartet. Die Plakate und Flyer werden an allen Schulen des Landes mit Ausnahme der Grundschulen eingesetzt. Damit werden sie in immerhin 3.200 Schulen in der ganzen Fläche des Landes von Ost bis West verteilt.

Ihrer Bemerkung, in dieser Kampagne leite etwas in die Irre, kann man noch einmal nachgehen. Ich finde, dass sie sehr klar formuliert ist. Die Kernbotschaft lautet, aufzupassen, woher die Getränke kommen, und sie nicht unbeaufsichtigt stehen zu lassen.

Der Flyer dieser Kampagne gibt auch Auskunft dazu, was zu tun ist, wenn es dann doch passiert ist. Oft führt der erste Weg zum Arzt. Deshalb hat der Frauennotruf in Aachen mit Landesmitteln eine Kitletascheninformation und einen Flyer für medizinisches Personal entwickelt.

Für den Fall, dass sich ein Opfer von K.-o.-Tropfen an die Polizei wendet, ist es besonders wichtig, dass es auf jeder Polizeidienststelle ernst genommen wird und man das Ganze nicht etwa übermäßigen Alkoholkonsum zuschreibt, sondern eine Sensibilität für dieses Thema entwickelt. Deswegen sind Partydrogen auch bei den Fortbildungsveranstaltungen für die Bearbeiterinnen und Bearbeiter von Sexualdelikten bei der Polizei Thema. Außerdem unterstützt schon seit 2007 ein ausführliches Merkblatt des Landeskriminalamts die praktische Arbeit der Polizei. Dieses Merkblatt, das auch im Internet zur Verfügung steht, haben wir gerade völlig neu überarbeitet. Die Polizeizeitung „Streife“ wird es in Kürze ebenfalls vorstellen.

Unterstützung finden die Frauen bei den 48 Notrufen gegen sexualisierte Gewalt und bei den Frauenberatungsstellen. Inzwischen gibt es auch eine elektronische Handreichung, mit der die schon vorliegenden Erfahrungen in die Fläche getragen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, letzte Woche hat eine Vertreterin des Frauennotrufs Düsseldorf in der WDR-Sendung „Dellings Woche“ berichtet. Ihre Einschätzung war, dass die Zahl der sich wegen K.-o.-Tropfen bei den Hilfeeinrichtungen meldenden Frauen zunimmt. Das heißt nicht, dass die Zahl der Fälle zunimmt, sondern dass Menschen zunehmend zu den Notstellen gehen und sich dort offenbaren. Ich halte das für eine sehr gute Entwicklung.

Frau Steffens, lassen Sie mich noch zwei Bemerkungen aus Ihrem Antrag aufgreifen, bei denen ich glaube, dass der Antrag zu kurz greift.

Sie fordern erstens einen gesetzlich beschränkten Zugang für alle Substanzen, die zur Herstellung von Partydrogen geeignet sind. Dieser Weg ist nach den Ausführungen in Ihrem eigenen Antrag ungeeignet. Schon jetzt ist Gamma-Hydroxy-Buttersäure in Deutschland nicht frei verkäuflich; trotzdem ist der Stoff über das Internet problemlos zu beziehen.

Das, was eingesetzt wird, sind meistens Stoffe, die über das Internet im Ausland besorgt worden sind.

Als Zweites regen Sie an, die fraglichen Substanzen einzufärben oder geschmacklich zu verändern. Das klingt zunächst ganz logisch. Allerdings ist der Stoff Gamma-Butyrolacton eine Massenchemikalie. Der wird tonnenweise als Ausgangsstoff in der Pharmazeutik eingesetzt. Im Hinblick auf die Vielzahl der Endprodukte können wir in diesen Stoff nicht einfach munter Farbe und Geschmacksträger hineinmischen. Selbst wenn wir es täten: Die unauffälligen Stoffe aus dem Internet sind immer noch da. Deshalb greift das zu kurz.

Wir wollen, dass darüber öffentlich diskutiert wird, dass debattiert wird, dass informiert wird, damit junge Menschen wissen, welche Risiken bestehen. Da werden wir unsere Anstrengungen verstärken, so dass nicht noch mehr Menschen Opfer dieser hinterhältigen Anschläge werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Minister Laschet. – Meine Damen und Herren, wir sind am Schluss der Beratung und kommen zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Frauenpolitik empfiehlt in der Beschlussempfehlung Drucksache 14/6905, den Antrag Drucksache 14/5019 abzulehnen. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Dann ist diese Beschlussempfehlung so **angenommen**.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende unserer heutigen Sitzung.

Die **nächste Sitzung** findet statt am Mittwoch, den 22. Oktober 2008, 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:46 Uhr

^{*)} Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.

Berichtigung des PIPr 14/94:

Auf Seite 11188, rechte Spalte, muss die vierte Klammerbemerkung richtig heißen: (Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Rüdiger Sagel [fraktionslos]).

